

Streitschrift Inklusion

Was Sonderpädagogik und Bildungspolitik verschweigen

In der öffentlichen Meinung wird nach anfänglicher Inklusionseuphorie inklusive Bildung kritisch bis ablehnend beurteilt und die Sonderschule/Förderschule als unverzichtbare Alternative herausgestellt. Dieser gesellschaftlichen Abwertung eines Menschenrechts stellt sich Brigitte Schumann in ihrer Streitschrift entgegen. Sie legt dar, dass die „Allianz des Verschweigens“ aus Kultusministerkonferenz (KMK) und Sonderpädagogik die menschenrechtsbasierte inklusive Bildung politisch verfälscht und diskreditiert. Inklusion wird auf ein Wunsch- und Wahlrecht für Eltern von Kindern mit Behinderungen reduziert und einem unverändert selektiven und ungerechten allgemeinen Schulsystem als Widerspruch „aufgepfropft“. Mit dem Elternwahlrecht, das sie jahrzehntelang strikt ablehnten, begründen KMK und Sonderpädagogik heute die Aufrechterhaltung eines kostspieligen und ineffizienten Sonderschulsystems mit nachhaltig schädlichen Folgen für die Betroffenen. Diese politisch motivierte Konstruktion entzieht den allgemeinen Schulen notwendige personelle Ressourcen für die inklusive Schulentwicklung und führt zu einer spürbaren Unterfinanzierung, die dem Ansehen von Inklusion erheblich schadet.

In historischer Perspektive zeichnet die Autorin nach, dass die „Allianz des Verschweigens“ auf der historischen Lüge von der Hilfsschule als Opfer des Nationalsozialismus gegründet ist und zum Ausbau des Sonderschulsystems nach 1945 geführt hat. Verschwiegene sonderpädagogische Kontinuitäten machen bis heute das Unrecht möglich, dass sozial benachteiligte Kinder mit schulischen Lern- und Leistungsproblemen in Sonderschulen segregiert werden. Die im Nationalsozialismus eingeführte sonderpädagogische Konstruktion der „Hilfsschulbedürftigkeit“ heißt heute „Lernbehinderung“. Die Zufälligkeit und Willkürlichkeit, mit der Kinder als „lernbehindert“ etikettiert und dem Förderschwerpunkt Lernen durch sonderpädagogische Diagnostik zugeordnet werden, sind ebenso empirisch nachgewiesen wie die nachhaltige Beschädigung der davon Betroffenen.

Schumann zeigt auf, dass die Forderungen der Sonderpädagogik Blaupausen für die Grundsatzbeschlüsse waren, die die KMK in den Jahren 1960, 1972, 1994 zur sonderpädagogischen Förderung gefasst hat. Die Grundsatzbeschlüsse der KMK zu inklusiver Bildung von 2010 und 2011 reihen sich folgerichtig in diese Bündnistradition ein und bauen Barrieren gegen Inklusion auf.

Die bildungspolitisch und sonderpädagogisch betriebene Verfälschung und Diskreditierung von Inklusion hat fatale Folgen über die Schule hinaus, so Schumann. Inklusion wird daran gehindert, als gesellschaftlicher Gegenentwurf zu den gefährlichen Tendenzen gesellschaftlicher Spaltung, Ausgrenzung und Exklusion wirksam zu werden. Um die harten politischen und gesellschaftlichen Widerstände gegen Inklusion zu überwinden, bedarf es daher neben einer menschenrechtlich ausgerichteten politischen Bewegung auch einer Aufarbeitung der Geschichte der Sonderpädagogik, die sich als Aufarbeitung deutscher Geschichte begreift.



Dr. Brigitte Schumann

war 16 Jahre Lehrerin an einem Gymnasium und 10 Jahre Bildungspolitikerin im Landtag von NRW. Sie promovierte 2006 mit einer Studie über die Sonderschule für Lernbehinderte. Derzeit arbeitet sie als Bildungsjournalistin.

DEBUS PÄDAGOGIK VERLAG
c/o WOCHENSCHAU VERLAG
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Eschborner Landstr. 42-50
60489 Frankfurt/M.
Telefon: 069 / 7880772-0
Telefax: 069 / 7880772-25
presse@debus-paedagogik.de
www.debus-paedagogik.de



Brigitte Schumann

Streitschrift Inklusion Was Sonderpädagogik und Bildungspolitik ver- schweigen

Debus Pädagogik Verlag
Frankfurt/M. 2018
ISBN 978-3-95414-106-7
112 S., € 14,90

E-Book:
ISBN 978-3-95414-107-4,
€ 14,90

Fordern Sie Ihr
Rezensionsexemplar
einfach formlos per E-Mail
an: presse@debus-
paedagogik.de